

Das Ende der freien Rede

Von Philipp Gut, Weltwoche, 21.01.2026

<https://weltwoche.ch/story/das-ende-der-freien-rede/>

Achtung, eine unliebsame Meinung kann Sie hinter Gitter bringen, auch in der Schweiz. Die Gesinnungspolizei ist zurück. Die freie Rede gilt wieder als anstössig.

Selbst der Papst schlägt Alarm. In seiner Neujahrsansprache vor Diplomaten aus aller Welt kritisierte Leo XIV. die Beschneidung der Meinungs- und Gewissensfreiheit ausgerechnet in jenen Ländern, «die sich auf Demokratie und Menschenrechte zu gründen bekunden». Es sei «bedauerlich festzustellen», dass insbesondere hier «der Raum für echte Meinungsfreiheit immer mehr eingeschränkt» werde, während sich «eine neue Sprache mit orwellschem Beigeschmack» entwickle.

Im gegenwärtigen Kontext komme es zu einem regelrechten «Kurzschluss» der Menschenrechte, so der Pontifex weiter. «Das Recht auf Meinungsfreiheit, auf Gewissensfreiheit, auf Religionsfreiheit und sogar auf Leben wird im Namen anderer sogenannter neuer Rechte eingeschränkt, was dazu führt, dass das System der Menschenrechte selbst an Kraft verliert und Raum für Gewalt und Unterdrückung öffnet.»

Überwachung, Kontrolle, Zensur

Der apostolische Appell hört sich an wie ein spätes Echo auf die vielbeachtete und von den Betroffenen mit Bellen quitierte Rede, die US-Vizepräsident J. D. Vance ein Jahr zuvor an der Münchner Sicherheitskonferenz gehalten hat. Der Papst ist als Überbringer dieser Botschaft umso glaubwürdiger, als er sich noch als amerikanischer Kardinal mit Vance gestritten hatte. Zwei völlig unterschiedliche Naturen in zwei völlig unterschiedlichen Ämtern kommen mehr oder weniger zum selben Schluss. Sie beschreiben einen Trend mit nicht nur orwellscher, sondern auch bitter-ironischer Note: Der Eindruck verfestigt sich, dass die Führer der westlichen Staaten nie mehr von «Demokratie» und «Grundrechten» gesprochen – und sie gleichzeitig nie weniger verteidigt haben, ja dass sie sie gar aktiv untergraben.

Der Überwachungs- und Kontrollstaat feiert eine ungeahnte Renaissance im 21. Jahrhundert. Ein neues Zensur-Unwesen macht sich breit. Der Überwachungs- und Kontrollstaat feiert eine ungeahnte Renaissance im 21. Jahrhundert und wird heute selbst von jenen gefördert und gefordert, die – um ein prominentes Beispiel aus der politischen Geschichte der Eidgenossenschaft zu nehmen – die sogenannte Fichenaffäre im Kalten Krieg als ewiges Mahnmal des autoritären Schnüffelstaats und seiner Gesinnungspolizei gebrandmarkt haben (siehe Artikel [zur Story](#)).

Es ist wieder an der Tagesordnung, dass Staaten und überstaatliche Gebilde und Organisationen wie die EU, die Uno oder die Weltgesundheitsorganisation obrigkeitlich definieren, welche Meinungen «richtig» und «falsch», erwünscht und unerwünscht sind. Dies geschieht oft schon unterhalb der «Strafbarkeitsschwelle». Der Fall des von der EU sanktionierten Jacques Baud markiert hier eine

neue Eskalationsstufe. Der Schweizer Generalstabsoberst wird explizit für eine abweichende Meinung verfolgt. Die einschlägige Durchführungsverordnung des EU-Rats vom 15. Dezember 2025 bezichtigt ihn der «Informationsmanipulation und Einflussnahme», nicht krimineller Handlungen gemäss Strafgesetzbuch.

Neun Milliarden für Agitprop

Brüssel dreht die Daumenschraube an, wo es kann. Mit dem Digital Services Act will es die freie Rede im Netz kappen. Big Brother lässt auch bei der «Chatkontrolle» grüssen. Die EU wolle unsere Nachrichten «mitlesen» und «eine Hintertüre in alle Chats und E-Mails einbauen», hielt das nicht als EU-kritisch bekannte Schweizer Radio und Fernsehen fest. Eine solch vorsorgliche Totalüberwachung würde das Grundrecht auf freie Meinungsäusserung und Information schon im Ansatz ad absurdum führen – von jenen, die es zu schützen vorgeben.

Das Signal ist klar: Wer aufmuckt, muss sich vorsehen – eine Einschüchterungstaktik

Dieser illiberale Zeitgeist weht nicht nur in Brüssel, sondern auch in jenen Mitgliedstaaten, die sich mit Vorliebe als tugendbewehrte Speerspitze der europäischen «Wertegemeinschaft» präsentieren. Da trifft der Papst schon einen wunden Punkt. In der Bundesrepublik Deutschland sorgen die Zensurforderungen des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther (CDU) anhaltend für Schlagzeilen. Leute, die Meinungen vertreten, die Günther nicht passen, sind für diesen «Feinde von Demokratie».

Wildwestmethoden in Berlin

Brandmauern und imaginäre Wälle gegen unliebsame Konkurrenten und Kritiker zu errichten, scheint nachgerade zu einer Lieblingsbeschäftigung deutscher Politiker geworden zu sein. Sie könnten ja auch die Probleme des Landes lösen – aber nein. Dabei gehen sie nicht nur rhetorisch gegen Andersdenkende vor, sondern auch mit offener und verdeckter Staatsgewalt, die wiederum vermeintliche Nichtregierungsorganisationen mit Milliarden bezahlt und für ihre Zwecke einspannt. Der australische Autor Andrew Lowenthal macht in diesem Zusammenhang ein, wie er es nennt, «Zensurnetzwerk» aus weit über 300 Regierungsbehörden, NGOs, universitären Arbeitsgruppen, Faktencheckern, Think-Tanks und Stiftungen aus. Er spricht von einem gigantischen, staatlich geschützten System, das in industriellem Massstab beeinflusst, wie Menschen die Welt wahrnehmen und politisch handeln. Dies führe «zur Kriminalisierung von abweichenden Meinungen» und unterstütze die Meinungsführer, statt sie zu hinterfragen.

Kanzler Friedrich Merz und seine Mannschaft marschieren da fröhlich mit und machen dort weiter, wo die Ampel aufgehört hat. Nachdem die Merz-CDU noch kurz vor der Übernahme der Amtsgeschäfte angekündigt hatte, diese «Schattenstruktur» innerhalb von Staat und Gesellschaft offen- und den NGO-Sumpf trockenzulegen, erhöht die Regierung die Gelder dafür nun gar noch. Brüssel seinerseits will das Budget für ihm genehme «zivilgesellschaftliche» Organisationen und Medien («freier und unabhängiger Journalismus») auf 9 Milliarden Euro im Zeitraum von 2028 bis 2034 anheben, wozu eigens ein neuer Superfördertopf namens «Agora

EU» geschaffen wird. Auf diesem «Marktplatz» der Meinungen will es selbstverständlich das Sagen haben. So geht Agitprop heutzutage.

Laut dem Koalitionsvertrag von CDU und SPD spielt der «Kampf gegen Desinformation» auch für die Bundesregierung eine «zentrale Rolle». Im Fokus stehe «die Notwendigkeit, gezielte Falschinformationen – insbesondere im digitalen Raum – zu bekämpfen, um die Integrität demokratischer Prozesse und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schützen». Der Digital Services Act der EU solle «gestärkt und weiterentwickelt werden». Nur durch solche Massnahmen könne «die freiheitlich-demokratische Grundordnung geschützt werden». Dass sie damit gerade das Gegenteil bewirken könnten, kommt den modernen Meinungswächtern offenbar nicht in den Sinn.

Mit einem neuen «Transparenzgesetz» für politische Werbung, das sich wiederum auf eine EU-Verordnung beruft und weitreichende Ermittlungstätigkeiten bis zu Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Beschluss erlaubt, erhöht die Bundesregierung den Druck weiter. Durchsetzen soll es die Bundesnetzagentur, die im Zuge der amtlichen Informationskontrolle schon jetzt erhebliche Macht besitzt. Die in dieser Hinsicht neutrale Neue Zürcher Zeitung spricht denn auch von einem Gesetz «gegen den Rechtsstaat». Jedem, der politische Werbung künftig nicht vorschriftsgemäss kennzeichne, drohe Besuch von der Polizei. Das erinnere an Wildwest.

Damit wird jetzt quasi auf Staatsebene gehoben, was ein Merz, ein Robert Habeck («Schwachkopf») und andere persönlich schon hundertfach getan haben, indem sie juristisch gegen Bürger vorgingen, die sie kritisierten oder beleidigten. Das Signal ist klar: Wer aufmuckt, muss sich vorsehen – eine Einschüchterungstaktik, die die Bundesregierung auch im Nachgang zum Fall Baud praktizierte. Alle, die auf diesem Feld unterwegs seien, müssten damit rechnen, «dass es auch ihnen passieren kann», drohte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz vom 17. Dezember 2025.

Dreissig Verhaftungen pro Tag

Fast noch rabiater geht es in England zu, dem Mutterland der Redefreiheit. «Freie Meinungsäusserung in Grossbritannien auf dem Rückzug» titelte die Autorin Naomi Wolf schon 2013. Seither hat sich die Lage noch deutlich verschärft. Die Labour-Regierung unter Premier Keir Starmer setzte zu einer regelrechten Jagd auf Bürger an, denen sie «Hass und Hetze» oder sonst einen Verstoß gegen herrschende Narrative vorwirft. «Ins Gefängnis wegen eines Social-Media-Posts: Nach den Sommerkrawallen geht die britische Justiz hart gegen «Tastatur-Krieger» vor» lautete eine Schlagzeile vom August 2024. Unzählige Bürger wurden aus ihren Wohnungen gezerrt und in Haft gesetzt, weil sie unter anderem die Zuwanderungspolitik der Regierung kritisierten.

Die Times berichtete, dass die Polizei in England und Wales allein im Jahr 2024 mehr als 12.000 Menschen festgenommen hat, weil sie in sozialen Medien unliebsame Nachrichten verbreiteten. Das sind, wie Toby Young, Gründer der Free Speech Union, in der Weltwoche vorrechnete, mehr als dreissig Verhaftungen pro Tag. Der Begriff «Sprachverbrechen» macht die Runde. Wie die EU geht auch Grossbritannien gegen die grossen Online-Plattformen vor. Die britische

Medienaufsichtsbehörde hat im Januar eine Untersuchung gegen Elon Musks X eingeleitet. Starmer möchte das vormalige Twitter am liebsten verbieten.

Aus Irland erreicht uns derweil die Meldung, dass ein Lehrer, der wegen «Misgunders» 560 Tage hinter Gittern sass, erneut eingesperrt wurde, weil er sich weigert, einen männlichen Schüler mit «they» anzusprechen.

Gaunerwort «Desinformation»

Andere Länder, andere Sitten? Wer denkt, dass solche Exzesse hierzulande nicht vorkommen, täuscht sich. Die Staatsanwaltschaft des Kantons Bern steckte im November 2025 einen unbescholtenen Bürger für zehn Tage ins Gefängnis. Das Vergehen: Der Mann hatte geschrieben, dass es biologisch nur Mann und Frau gebe. Begründet wurde seine Verurteilung mit der erweiterten Antirassismustrafnorm, die nun etwa auch Diskriminierung aufgrund des Geschlechts umfasst. Das ist genau das, was der Papst meint, wenn er von «Kurzschluss der Menschenrechte» spricht und davon, dass eine entfesselte Ideologie der Inklusion zu neuem Ausschlussdenken führe.

Das ist genau das, was der Papst meint, wenn er von «Kurzschluss der Menschenrechte» spricht. Während der woke Kulturkampf und die Denk- und Sprechverbote einer überbordenden politischen Korrektheit vielerorts Widerstand geweckt und ihren Zenit möglicherweise überschritten haben, setzt das Zauber- und Gaunerwort «Desinformation» seinen Siegeszug ungehindert fort – auch in der Schweiz, die es hier hält wie so oft: Sie rennt dem Blödsinn der anderen mit einiger Verspätung hinterher.

Dabei fallen die einfachsten Erkenntnisse unter den Tisch. Wer sagt denn in einer Demokratie, was wahr und was falsch ist? Die Regierung? Der Gemeindienst? Der Verfassungsschutz? Die «Meldestellen» der mit Steuergeldern gefütterten Berufspetzer? Eine Ursula von der Leyen? Eine Kaja Kallas? Ein Friedrich Merz? Ein Keir Starmer? Ein Martin Pfister?

Man sollte die Mächtigen kontrollieren, nicht die Bürger. Halten sich die westlichen Demokratien für derart schwach, dass sie dem Wettstreit der Argumente und Ansichten nicht trauen und gleich die demokratische Ordnung in Gefahr sehen, wenn irgendjemand irgendetwas sagt oder schreibt, das ihren eigenen Meinungen und Überzeugungen widerspricht? Haben sie noch nie daran gedacht, dass man auch durch Falsches zum Richtigen gelangen kann? Haben sie vergessen, dass das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ausdrücklich auch dumme und abstruse Aussagen deckt?

Und überhaupt: Wer entscheidet im Politischen, was gut und schlecht, informativ und desinformativ ist? All die neuen Wahrheitsministerien? Zeichnet sich die Staatsform der Demokratie nicht gerade dadurch aus, dass sie auf Versuch und Irrtum gründet und Fehlerkorrektur in Wahlen und Abstimmungen ermöglicht? Wenn selbst der Papst über die Unfehlbarkeitsallüren der Politiker stolpert, sollte das zu denken geben.

Abschüssige Bahn

Es muss ja nicht immer gleich so weit gehen wie in Frankreich, der blutigen Wiege der Menschenrechte, wo man Oppositionsführerin Marine Le Pen juristisch von den Wahlen ausschliesst, oder wie in Rumänien, wo die Präsidentenwahl annulliert wurde, weil sie «falsch» herauskam.

Freisprecher Toby Young hat die paradoxe Tendenz treffend zusammengefasst: «Rettung der Demokratie durch Aufhebung demokratischer Normen». Jacob Burckhardt, der Schweizer Historiker des 19. Jahrhunderts, wusste es besser als die Gouvernanten und Sheriffs von Berlin bis Brüssel bis Bern: «Macht ist an sich böse.»

Man sollte die Mächtigen kontrollieren, nicht die Bürger. Dass man das überhaupt erwähnen muss, zeigt, auf welcher abschüssigen Bahn wir uns da längst bewegen.